

MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

NEWSLETTER

**Ausgabe 1
Januar 2012**

Deutschland: Anstieg der Zuwanderung

Erstmals seit acht Jahren ist die Bevölkerung in Deutschland wieder gewachsen. Der Grund hierfür ist eine verstärkte Zuwanderung. Vor allem aus dem europäischen Ausland wanderten mehr Menschen zu.

Wie das Statistische Bundesamt Mitte Januar mitteilte, ist die Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2011 leicht gewachsen. Nach Schätzungen dürften am Jahresende 81,8 Millionen Menschen, und damit 50.000 mehr als im Vorjahr, in Deutschland gelebt haben.

Seit 2002 war die Bevölkerungszahl stetig gesunken. Die Zahl der Geburten lag auch 2011 deutlich niedriger als die Zahl der Sterbefälle. Im vergangenen Jahr kamen etwa 660.000 bis 680.000 Kinder zur Welt (2010: rund 677.000). Demgegenüber rechnen die Statistiker mit rund 835.000 bis 850.000 Sterbefällen (2010: rund 859.000). In der Summe ergibt das ein Geburtendefizit von 170.000 bis 185.000 (2010: 181.000, vgl. MuB 6/10, 5/10, 5/08). Dieses Ungleichgewicht wurde in den letzten Jahren nicht durch Migration ausgeglichen. Der Wanderungssaldo schwankte von leicht positiv bis negativ (2010: + 128.000, 2009: - 12.000, 2008: - 55.000).

2011 kamen nach den vorläufigen Zahlen mindestens 240.000 Menschen mehr aus dem Ausland nach Deutschland als wegzogen. Damit stieg die Zuwanderung im Vergleich zum Vorjahr um 20 % an. Einen vergleichbar hohen Wanderungsgewinn gab es zuletzt 2001. Detaillierte Zahlen liegen bisher nur für das erste Halbjahr 2011 vor.

Im ersten Halbjahr 2011 sind rund 435.000 Menschen nach Deutschland eingewandert. Das waren 68.000 oder 19 % mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Finanz- und Schuldenkrise ließ vor allem aus besonders betroffenen Staaten wie Griechenland und Spanien deutlich mehr Einwanderer nach Deutschland kommen. Die Arbeitslosenquote in Griechenland beträgt 18 %, in Spanien sind es sogar 23 %. Viele gut ausgebildete Fachkräfte gehen daher ins Ausland. Deutschland, das Fachkräfte sucht, ist dabei laut Bundesinnenministerium das bevorzugte Ziel. Im ersten Halbjahr 2011 legte die Zuwanderung aus Spanien nach Deutschland dem Statistischen Bundesamt zufolge um 49 % auf ca. 7.250 Personen zu (1. Halbjahr 2010: ca. 4.850). Aus Griechenland kamen sogar 84 % mehr Einwanderer nach Deutschland, das entspricht ca. 8.900 Personen (1. Halbjahr 2010: 4.800).

Hinzu kam im Mai 2011 der Wegfall der letzten Arbeitsmarktbeschränkungen für Bürger der acht Länder, die 2004 der EU beigetreten waren. Dazu gehören beispielsweise Polen, Ungarn und die Slowakei. Die Zahl der Einwanderer aus diesen Staaten stieg mit 30 % überdurchschnittlich an. Aus Polen kamen 77.730 Personen (2010: 60.233), aus Ungarn 17.116 (2010: 13.289) und aus der Slowakei 5.444 (2010: 4.184). Rund 62 % der Einwanderer kamen aus einem EU-Staat. Aus Afrika kamen im ersten Halbjahr 2011 rund 12.000 Menschen nach Deutschland (2010: rund 11.500), aus Nord- und Südamerika waren es rund 19.000 (2010: 17.500) und aus Asien kamen rund 47.500 (2010: 43.500), Australien und Ozeanien war die Herkunftsregion von rund 1.800 Menschen (2010: rund 1600). Die Zahl der Deutschen, die ihren Wohnsitz vom Ausland in die Bundesrepublik verlegten, ist mit rund 54.000 dagegen nahezu konstant (2010: ca. 53.000).

Zugleich zogen weniger Menschen aus Deutschland fort als im ersten Halbjahr 2010. Rund 300.000

Inhalt

Deutschland: Anstieg der Zuwanderung	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Deutschland: Aufarbeitung der rechtsextremen Mordserie	2
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Deutschland / Europa:	
Aktuelle Entwicklungen bei Flucht und Asyl	4
Kurzmeldungen – Europa I	4
USA: Einwanderung und Präsidentschaftswahlen	5
Kurzmeldungen – Europa II/Welt I	6
Kurzmeldungen – Welt II	7
Literatur und Veranstaltungen	7

Zusätzlich auf www.migration-info.de:

Deutschland: Bericht zu Integrationsmonitoring

Deutschland: Teilweise Öffnung des Arbeitsmarktes für Rumänen und Bulgaren

Deutschland: Beschluss der Innenminister zum Bleiberecht

**Dieses Projekt
wird gefördert
durch die**



Kurzmeldungen – Deutschland I

Keine Verbeamtung bei Islamismusverdacht

Das Verwaltungsgericht in München hat am 12. Januar 2012 die Klage eines 30-jährigen deutsch-syrischen Lehrers auf Einstellung als Beamter auf Probe abgewiesen. Nach Einschätzung des Gerichts steht er islamistischen Organisationen nahe, deren Ideologie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gerichtet sei (Az. M 5 K 10.2856). Im konkreten Fall handelt es sich um die Muslimbruderschaft und die Islamische Gemeinde in Deutschland (IGD, vgl. MuB 4/09). Eine erkennbare Distanzierung zu diesen Organisationen habe das Gericht während der Verhandlungen nicht feststellen können. Die Stadt München hatte dem Pädagogen den Beamtenstatus auf Probe verweigert, weil er als Funktionär der unabhängigen Muslimischen Jugend die islamistische Ideologie der Muslimbruderschaft vertreten und Kontakte zur IGD gepflegt habe. Dies habe Zweifel an seiner Verfassungstreue begründet, die das Verwaltungsgericht nun bestätigte. Gegen das Urteil kann der Lehrer in Berufung gehen.

www.vgh.bayern.de

Aufenthaltstitel erlischt nicht durch Auslieferung

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat am 17. Januar entschieden, dass der Aufenthaltstitel eines Ausländers durch seine Auslieferung an ein Drittland nicht erlischt (Az. BVerwG 1 C 1.11). Der Entscheidung lag der Fall eines Kosovaren zugrunde, der 1992 nach Deutschland kam, 1996 eine Deutsche heiratete und dem 2002 eine Niederlassungserlaubnis erteilt worden war. 2005 wurde er aufgrund eines Europäischen Haftbefehls wegen Mordverdachts an die Niederlande ausgeliefert und dort in Untersuchungshaft genommen. Nachdem er 2008 freigesprochen und aus der Haft entlassen worden war, verweigerte die zuständige Ausländerbehörde dem inzwischen geschiedenen Kläger die Rückkehr nach Deutschland. Die Begründung: Sein Aufenthaltstitel sei erloschen. Das BVerwG hat nun entschieden, dass die Auslieferung keine Ausreise im Sinne der behördlichen Vorschriften ist, weil es sich um eine „staatlich veranlasste Maßnahme“ handelte. Der Mann ist inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt.

www.bverwg.de

Deutsche und Ausländer verließen die Bundesrepublik – das waren 6.000 weniger als 2010. Damit wanderten insgesamt 135.000 Menschen mehr zu als weggingen. Das entspricht einem Plus von 122 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2010. Es ist damit zu rechnen, dass sich der Trend des ersten Halbjahres fortsetzt.

Klaus Bade, Migrationsforscher und Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration in Berlin, führt den verstärkten Zustrom aus Spanien und Griechenland auf die Wirtschaftskrise zurück: „Es gibt eindeutige Belege

für eine Konjunktur- und Krisenwanderung. Der entscheidende Push-Faktor ist die miserable Situation in den Ländern.“ Deutschland sei in Europa ein doppelter Krisengewinner: Einmal, weil die wirtschaftliche Lage hierzulande noch wesentlich besser sei als in anderen EU-Ländern. Zum anderen, weil die meisten Arbeitskräfte, die aus Griechenland und Spanien kommen, relativ gut ausgebildet und für den hiesigen Arbeitsmarkt sehr hilfreich seien. Den Fachkräftemangel in Deutschland könne man allein mit den Einwanderern aus Griechenland und Spanien aber nicht lösen. Dazu seien die absoluten Zahlen zu gering. „Mittel- und langfristig gehen die Bevölkerungszahlen zurück“, prognostizierte der Statistiker Reinhold Zahn vom Statistischen Bundesamt. „Das momentane Bild ist keine Trendwende, sondern eine Momentaufnahme.“ Charakteristisch für die deutsche Situation sei vielmehr die geringe Geburtenrate, die durch Einwanderung nicht ausgeglichen werde. *chw*

www.destatis.de

www.bamf.de

Deutschland: Aufarbeitung der rechtsextremen Mordserie

Eine Expertenkommission von Bund und Ländern soll neben einem Bundestags-Untersuchungsausschuss die Ermittlungspannen bei der Neonazi-Mordserie aufarbeiten. Eine gemeinsame Rechtsextremismus-Datei der Sicherheitsbehörden soll künftig Informationen über bis zu 10.000 Rechtsextreme zusammenführen. Nach der Mordserie misstrauen türkischstämmige Migranten den Sicherheitsbehörden, wie die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung belegen.

Die Bundesregierung, die zuständigen Ministerien und Behörden sowie die Bundestagsparteien haben in den letzten Wochen Beschlüsse gefasst, um die Mordserie der sogenannten Zwickauer Neonazi-Zelle aufzuarbeiten und entschlossener gegen rechtsextreme Gewalt vorzugehen. Die rechtsextreme Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) soll mindestens neun Migranten und eine Polizistin ermordet haben. (vgl. MuB 10/11).

Bekämpfung des Rechtsextremismus: Am 18. Januar hat das Bundeskabinett den von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vorgelegten Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung des Rechtsextremismus mithilfe einer sogenannten Verbunddatei beschlossen. Mit dieser Rechtsextremismus-Datei soll der Informationsaustausch zwischen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern verbessert werden. Bereits seit dem 16. Dezember 2011 können sich diese im Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechtsextremismus tagesaktuell zu Fällen aus dem Bereich Rechtsextremismus austauschen. Der Gesetzentwurf zur Verbunddatei sieht vor, dass das Bundeskriminalamt und die Landeskriminaläm-

ter, die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern, der Militärische Abschirmdienst sowie Polizeivollzugsbehörden, deren Aufgaben die Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus umfassen, eine gemeinsame standardisierte Datei führen. Darin sollen Daten von gewalttätigen und gewaltbereiten Rechtsextremisten, von deren Kontaktpersonen sowie von rechtsextremen Vereinigungen und Gruppierungen gespeichert werden. Neben Personenangaben sollen auch Informationen zu Telekommunikationsanschlüssen, Bankverbindungen, Berufsausbildung, aktueller Tätigkeit sowie Angaben zur Gefährlichkeit der Person und eventuellem Waffenbesitz erfasst werden. Das Gesetz sieht weiterhin die geheime bzw. verdeckte Speicherung von Daten vor, etwa von V-Leuten.

Das Gesetz soll zunächst auf vier Jahre befristet werden und lehnt sich an die Regelung zu der seit 2007 bestehenden Anti-Terror-Datei zum islamistischen Terrorismus an (vgl. MuB 7/06, 6/04). Die Rechtsextremismus-Datei bietet Ermittlern aber mehr Möglichkeiten, da sie eine verknüpfte Datensuche zulässt. Somit können Zusammenhänge zwischen Personen, Personengruppierungen, Institutionen und Objekten hergestellt oder neue Informationen bekannten Sachverhalten zugeordnet werden. Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm sagte, dass etwa 9.500 Datensätze von gewaltbereiten Rechtsextremen für die Aufnahme in die Datei in Frage kommen.

Ende Januar fand außerdem ein „Spitzentreffen gegen Rechtsextremismus“ von Bundesinnenminister Friedrich und Familienministerin Kristina Schröder (CDU) mit Vertretern gesellschaftlicher Organisationen sowie der Kirchen und Religionsgemeinschaften statt. Um Wissen und Kompetenz aller Engagierten im Kampf gegen Rechtsextremismus zu bündeln, soll ein bundesweites Informations- und Kompetenzzentrum eingerichtet werden.

Aufklärung: Die Bundestagsfraktionen einigten sich im Januar darauf, einen Untersuchungsausschuss im Bundestag einzurichten, der die Hintergründe und Ermittlungsspannen der Neonazi-Mordserie aufklären und bis zum Sommer 2013 einen Bericht vorlegen soll. Die Leitung des Ausschusses, der bereits im Januar das erste Mal tagte, wurde dem SPD-Innenexperten Sebastian Edathy übertragen.

Außerdem einigten sich die Parteien darauf, eine Bund-Länder-Expertenkommission ins Leben zu rufen, die die Ereignisse ebenfalls aufarbeiten und innerhalb eines Jahres Empfehlungen erarbeiten soll. Darüber hinaus ist im Bundesinnenministerium ein dreiköpfiges Expertenteam, bestehend aus dem ehemaligen BND-Chef Hansjörg Geiger, dem Ex-BKA-Präsidenten Ulrich Kersten sowie dem CSU-Innenexperten Wolfgang Zeitelmann, eingerichtet worden. Es soll alle relevanten Polizei- und Geheimdienstakten prüfen und politische Empfehlungen ausarbeiten.

Kurzmeldungen – Deutschland II

Teilnahme am Resettlement-Programm des UNHCR

Deutschland wird in den nächsten drei Jahren jeweils 300 schutzsuchende Flüchtlinge im Rahmen des Umsiedlungsprogramms des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR, Resettlement-Programm) aufnehmen. Darauf einigten sich die Vertreter der Bundesländer auf der Innenministerkonferenz vom 8. und 9. Dezember 2011. Das Resettlement-Programm des UNHCR soll besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsort bieten. Bislang nahmen vor allem die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und die skandinavischen Staaten Flüchtlinge im Rahmen dieses Programms auf (vgl. MuB 6/11). Flüchtlingshilfsorganisationen begrüßten die Teilnahme an dem Programm, kritisierten jedoch zugleich, dass der deutsche Anteil mit 900 Flüchtlingen in drei Jahren sehr gering sei. Für das Jahr 2012 werden laut UNHCR etwa 172.000 Resettlementplätze benötigt.

www.proasyl.de

www.bundesrat.de

Studie: Wie wichtig eine umfassende Aufklärung der Morde ist, zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von 1.058 in Deutschland lebenden türkischstämmigen Migranten, die das Meinungsforschungsinstitut SEK-POL/Data4U im Dezember im Auftrag der Hacettepe Universität in Ankara durchführte. Demnach glauben etwa 60 % der Befragten, dass die deutschen Politiker die Ereignisse „am liebsten vertuschen und unter den Teppich kehren möchten“. Mehr als die Hälfte der Befragten (55 %) misstraut den deutschen Sicherheitsbehörden. Sie gaben an, dass die Mörder vom deutschen Staat beschützt oder unterstützt wurden. 67 % der Befragten gaben an, weitere rassistisch motivierte Morde in Deutschland zu befürchten, knapp 40 % hätten „konkret Angst davor, dass sie selbst oder Freunde und Bekannte Opfer des Neonazi-Terrors werden könnten“.

Zugleich wurde deutlich, dass die Befragten die deutsche Gesellschaft nicht pauschal verurteilten. 78 % haben die Morde „nicht mit der deutschen Gesellschaft als Ganzes, sondern mit einer radikalen Gruppierung in Verbindung gebracht“.

Der Zentralrat der Muslime (ZMD) hat die bisherige Aufarbeitung der Neonazi-Morde als unzureichend kritisiert. Vor dem Hintergrund von mutmaßlich rechtsextrem motivierten Brandanschlägen auf muslimische Einrichtungen in Hamburg, Darmstadt und Berlin im Januar forderte der Zentralrat seine 300 Moscheegemeinden auf, sich von den örtlichen Polizeidienststellen erklären zu lassen, „wie sie sich

besser schützen können und wie die Sicherheitsbehörden dies in Zukunft machen wollen“, erklärte die ZMD-Generalsekretärin Nurhan Soykan.

Unterstützung für Opfer: Die ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats und amtierende Vorsitzende des Beirats der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) Barbara John (CDU) wurde zur Ombudsfrau für die Angehörigen der Opfer der Zwickauer Terrorzelle benannt. Darauf einigten sich Bundesinnenminister Friedrich, Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger sowie die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) Ende Dezember 2011. John soll in ihrer Funktion die Angehörigen der Opfer beraten und unterstützen, wenn diese spezielle Therapien oder anderweitige Hilfen bei der Bewältigung der Folgen der rechtsextremen Taten benötigen. Das Bundesjustizministerium hat einen Sonderfonds eingerichtet, um die finanziellen Folgen der Gewalttaten für die Angehörigen zu lindern. *th*

www.bmi.bund.de (Gesetzesentwurf)

www.bmi.bund.de (Pressemitteilung)

www.data4u-online.de (Meinungsforschungsinstitut)

www.islam.de

Deutschland / Europa: Aktuelle Entwicklungen bei Flucht und Asyl

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist 2011 im Vergleich zum Vorjahr erneut angestiegen. Deutschland entwickelt sich wieder zu einem Hauptziel von Asylbewerbern in Europa. Ende Dezember fällte der Europäische Gerichtshof ein Urteil, das die Prüfung der menschenrechtlichen Situation vorschreibt, bevor jemand in das Erstaufnahmeland zurückgeführt werden kann.

Asylstatistik 2011: Ende Januar veröffentlichte das Bundesinnenministerium die Asylstatistik 2011. Demnach wurden im Laufe des Jahres insgesamt 45.741 Asylerstanträge gestellt. Dies entspricht einem Zuwachs von 4.409 Asylanträgen (+ 11 %) gegenüber 2010 (41.332 Erstanträge). Zusammen mit den 7.606 Folgeanträgen sind insgesamt 53.347 Asylanträge eingegangen (2010: 48.589). Es handelt sich somit um das vierte Jahr in Folge, in dem die Asylbewerberzahlen stiegen (vgl. MuB 1/11, 1/10, 1/09). Etwa 71 % aller Antragsteller kamen aus zehn Herkunftsländern. Dazu zählen etwa Afghanistan (7.767 Anträge), der Irak (5.831), Serbien (4.579), der Iran (3.352), Syrien (2.634) und Pakistan (2.539). Insgesamt wurde 2011 über 43.362 Erst- und Folgeanträge entschieden. Dabei

Kurzmeldungen – Europa I

Frankreich: Abschiebungen auf Rekordniveau

Mit 32.912 Personen hat Frankreich im vergangenen Jahr so viele irreguläre Migranten abgeschoben wie noch nie (2010: 28.026; 2009: 29.218). Dies teilte Innenminister Claude Guéant (UMP) mit, als er am 10. Januar die Bilanz der französischen Migrationspolitik des vergangenen Jahres vorstellte. Zugleich gab er bekannt, dass 2012 rund 35.000 irregulär in Frankreich lebende Menschen ausgewiesen werden sollen. Außerdem seien im vergangenen Jahr 181 Versuche, Migranten illegal nach Frankreich zu bringen (sogenannte Schleusungsversuche), unterbunden worden. Guéant kündigte an, die rigide Einwanderungspolitik Frankreichs auch 2012 fortzusetzen und die jährliche Einwanderung von aktuell 200.000 auf 150.000 Personen reduzieren zu wollen. Die Themen Migration, Integration und Asyl spielen eine wichtige Rolle im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im April (vgl. MuB 10/11).
www.immigration.gouv.fr

Italien: Neue Regierung kippt geplante „Migrantensteuer“

Die neue Expertenregierung, die seit Mitte November im Amt ist, wird keine Gebühr für Ausländer erheben, die eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen oder verlängern wollen. Laut einem Dekret der Vorgängerregierung unter Silvio Berlusconi (Popolo della Libertá) hätten Migranten ab dem 30. Januar eine Gebühr zwischen 80 und 200 Euro zahlen müssen (vgl. MuB 7/11). Nachdem Gewerkschaften und Migrantenverbände die Abgabe scharf kritisiert hatten, erklärte sich das Kabinett des neuen Ministerpräsidenten Mario Monti (parteilos) bereit, die sogenannte „Migrantensteuer“ doch nicht einzuführen. Die Lega Nord, die zur Gestaltung des Dekrets aktiv beigetragen hatte, kritisierte die Abschaffung der „Migrantensteuer“.

www.governo.it

erhielten 7.098 Personen (16,4 %) die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention. Davon wurden jedoch nur 652 Personen als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt, 6.446 Personen erhielten Flüchtlingschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes. Weitere 2.577 Personen (5,9 %) erhielten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbot). 54,7 % aller Anträge (23.717) wurden abgelehnt. Die Schutzquote beträgt damit 22,3 % und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (2010: 21,6 %).

Zudem haben Berichte über die Situation in Aufnahmeeinrichtungen einzelner EU-Staaten zu einem Wiederaufleben der Debatte über die Rechtmäßigkeit und die ethische bzw. menschenrechtliche Vertretbarkeit von Rückschiebungen nach der Dublin-II-Verordnung

in einzelne EU-Mitgliedstaaten geführt. Im Zentrum dieser Debatte stehen die Asylverfahren sowie die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Griechenland, Italien und Ungarn.

Griechenland: Angesichts zahlreicher Berichte zu katastrophalen Zuständen in griechischen Aufnahmeeinrichtungen (vgl. MuB 9/09, 7/09, 5/08) schiebt die Bundesrepublik bereits seit Januar 2011 über Griechenland eingereiste Asylbewerber nicht mehr dorthin zurück und führt stattdessen die Asylverfahren in Deutschland durch (vgl. MuB 1/11). Zuletzt kritisierten sowohl der Europarat als auch der Deutsche Bundestag die Verhältnisse in griechischen Aufnahmestellen scharf. In einer fraktionsübergreifenden und unter EU-Partnerstaaten ungewöhnlichen Entschließung stellte der Bundestag Mitte Dezember fest: „Die Zustände in diesen Aufanglagern sind entsetzlich. Dort werden tagtäglich Menschenrechte verletzt.“ Schätzungen zufolge reisen etwa 80 bis 90 % aller Flüchtlinge und irregulären Migranten mit dem Ziel EU über Griechenland ein (vgl. MuB 10/11). Die griechischen Behörden sehen sich überlastet (vgl. MuB 9/10) und fordern seit Langem eine Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union.

Italien: Auch die Zustände in den italienischen Aufnahmeeinrichtungen stehen zunehmend im Zentrum der Kritik. Ende Dezember wurde insgesamt etwa vierzig Asylsuchenden, die aus Italien nach Deutschland weitergereist waren, eine Prüfung ihres Asylanspruchs in Deutschland zugesagt. Richter, Anwälte und Nichtregierungsorganisationen kritisieren, der Respekt der Menschenwürde sei oft nicht gewährleistet.

Ungarn: Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) bezeichnete die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Ungarn als „beunruhigend“. In einem Bericht vom Oktober 2011 wurden vor allem die Praxis der sofortigen Inhaftierung von irregulären Migranten und Asylsuchenden, die Haftbedingungen sowie die Gefahr der Rückschiebung nach Serbien kritisiert. Ein ausführlicher Bericht zu Ungarn sei derzeit in Vorbereitung, so das UNHCR.

EuGH-Urteil: Ende Dezember urteilte der Europäische Gerichtshof (Az. C-411/10 und C-493/10), dass ein Asylbewerber nicht in diejenigen EU-Mitgliedstaaten zurückgeschoben werden kann, in denen die Gefahr einer unmenschlichen Behandlung besteht. Damit hebt das EuGH die Dublin-II-Verordnung von 2003 (vgl. MuB 1/03) teilweise aus. Dieser Verordnung zufolge ist im Regelfall das Land der Ersteinreise für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig. Wenn der Asylsuchende in ein anderes Mitgliedsland weiterreist, kann er in das Ersteinreiseland zurückgeschoben werden.

Nach dem Urteil des EuGH muss der ausweisende Staat nun jedoch zunächst prüfen, ob der Asylsu-

chende im Ersteinreiseland ein faires Asylverfahren erhält und seine Grundrechte garantiert werden. Unter Hinweis auf die EU-Grundrechtecharta urteilten die Richter, dass im Falle ernsthafter Zweifel keine Rückschiebung durchgeführt werden dürfe. Hintergrund des Urteils waren die Klagen afghanischer, algerischer und iranischer Staatsbürger, die über Griechenland in die EU eingereist waren, aber ihre Asylanträge in Großbritannien bzw. Irland stellten.

sta

www.bamf.de

www.proasyl.de

www.curia.europa.eu

USA: Einwanderung und Präsidentschaftswahlen

Trotz rückläufiger Zahlen wird das Thema der illegalen Einwanderung im Vorwahlkampf der diesjährigen US-Präsidentschaftswahlen heftig debattiert. Zwischen den Kandidaten der Republikaner ist ein Wettstreit darüber entbrannt, wer am härtesten gegen irreguläre Migration vorgehen will. Zugleich gewinnen die Wählerstimmen der hispano-amerikanischen Bevölkerung weiter an Bedeutung.

Der Vorwahlkampf zu den diesjährigen Präsidentschaftswahlen der Vereinigten Staaten wird in erster Linie durch drei Themen dominiert: Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wirtschaftslage sowie die Reduzierung des Haushaltsdefizits. Da jedoch vor allem konservative US-Amerikaner die irreguläre Zuwanderung als Ursache für Probleme wie die Überlastung der Schul-, Sozial- und Gesundheitssysteme, die Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte sowie die Gefährdung der inneren Sicherheit sehen, versuchen sich die Kandidaten der Republikaner im innerparteilichen Wettbewerb um die Präsidentschaftskandidatur mit besonders rigiden Positionen zu profilieren.

Republikaner: Der als möglicher Herausforderer von Präsident Barack Obama (Demokraten) geltende Mitt Romney distanzierte sich u. a. von seinen früheren Positionen zur Unterstützung einer Teilamnestie für undokumentierte Zuwanderer. Zudem kündigte er an, den DREAM Act - einen Gesetzentwurf zur Legalisierung junger Migranten - (vgl. MuB 8/11, 8/10) im Falle eines Wahlsiegs mit einem Veto zu blockieren, falls das Gesetz die beiden Kammern des US-Kongresses passieren sollte. Auch Rick Santorum sprach sich gegen jede Form von Teilamnestien sowie für den Ausbau des Zauns an der Südgrenze der USA zu Mexiko aus. Ron Paul forderte sogar, aus Afghanistan und dem Irak abgezogene

Kurzmeldungen – Europa II/Welt I**Schweden: Obdachlose Zuwanderer**

Unter Schwedens obdachloser Bevölkerung sind Ausländer überrepräsentiert. Dies geht aus Zahlen hervor, die das schwedische Komitee für Gesundheit und Wohlfahrt (Socialstyrelsen) Anfang Januar vorlegte. Insgesamt gibt es derzeit ca. 34.000 Obdachlose in Schweden. Davon sind 10.900 Personen außerhalb Schwedens geboren (32 %). Ein Drittel der im Ausland geborenen Obdachlosen kommt aus europäischen Staaten. Die zweitgrößte Gruppe sind Zuwanderer aus dem Mittleren Osten, gefolgt von Afrikanern. Der Anteil der ausländischen Obdachlosen ist in den letzten Jahren gestiegen, ohne dass jedoch genaue Angaben vorliegen. Die meisten Obdachlosen leben in den drei größten Städten Schwedens: Stockholm, Göteborg und Malmö.

www.socialstyrelsen.se

Israel: Schärfere Strafen

Irreguläre Zuwanderer können in Israel künftig ohne Gerichtsurteil für bis zu drei Jahre inhaftiert werden. Dies beschloss das israelische Parlament (Knesset) Anfang Januar. Personen, die irregulären Migranten helfen, können zu Haftstrafen von bis zu 15 Jahren verurteilt werden. Die oppositionelle Meretz-Partei (links-liberal) bezeichnete das „Gesetz zur Verhinderung der Infiltration“ als verfassungswidrige Verletzung der Menschenrechte und warf der Regierung unter Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud, konservativ) Konzeptlosigkeit angesichts der steigenden Zuwanderung vor. Seit 2005 sind Schätzungen der Regierung zufolge etwa 50.000 Afrikaner, vor allem aus Eritrea und dem Sudan, illegal nach Israel eingereist (vgl. MuB 1/10). Bereits im Dezember 2011 beschloss die israelische Regierung den Bau eines etwa 250 km langen Grenzzauns an der ägyptisch-israelischen Grenze. www.acri.org.il

Südsudan: Tausende Flüchtlinge brauchen Hilfe

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen Anfang Januar zwischen verfeindeten Volksgruppen im Südsudan sind nach UN-Angaben hunderte Menschen getötet und zehntausende in die Flucht getrieben worden. Dies sagte die UN-Koordinatorin für humanitäre Angelegenheiten im Südsudan Lise Grande Anfang Januar. Rund 6.000 bewaffnete junge Männer vom Stamm der Lou Nuer waren in der vergangenen Woche in die Unruheprovinz Jonglei (vgl. MuB 7/11) eingedrungen, die von Angehörigen der Murle bewohnt wird. Die Angreifer brannten Hütten nieder und plünderten ein Krankenhaus. Grund für die Auseinandersetzungen waren mutmaßliche Viehdiebstähle der Murle. Zehntausende Menschen seien vor der Gewalt geflohen und ihre Häuser zerstört worden, erklärte Grande. Sie hätten in Lagern im benachbarten Äthiopien Zuflucht gefunden und bräuchten dringend humanitäre Hilfe.

www.ss.one.un.org

US-Soldaten an der Südgrenze einzusetzen und den automatischen Erwerb der US-Staatsbürgerschaft bei Geburt in den USA abzuschaffen. Lediglich Newt Gingrich sowie der inzwischen aus dem Wettbewerb ausgeschiedene Jon Huntsman vertraten bislang moderatere Positionen.

Demokraten: Bei den Wahlen 2008 erhielt Präsident Obama in der Gruppe der Hispano-Amerikaner etwa zwei Drittel der Wählerstimmen. Im damaligen Wahlkampf versprach er u.a. eine umfassende Reform des Einwanderungssystems (vgl. MuB 4/09, 1/09). Da diese Reform angesichts anfänglicher Zurückhaltung der Obama-Regierung, vor allem jedoch aufgrund des Widerstandes seitens der Republikaner bis heute nicht erfolgt ist, wird der Obama-Administration sowohl von Einwandererorganisationen als auch von den Republikanern Untätigkeit vorgeworfen (vgl. MuB 3/11). Anfang Januar kündigte die Obama-Regierung eine lang erwartete Reform zur Beschleunigung und Vereinfachung des Visa-Antragsverfahrens für im Ausland lebende Familienangehörige von US-Bürgern an. Zudem setzte die Regierung bei Abschiebungen einen Schwerpunkt auf irreguläre Migranten mit kriminellem Hintergrund (vgl. MuB 9/11, 9/10). Vor allem jedoch betonten die Demokraten, dass sie im Gegensatz zu den Republikanern die Regierungsprogramme zur Einkommensunterstützung armer Familien aufrechterhalten würden. Von diesen Programmen profitieren auch viele hispano-amerikanische Familien.

Hintergrund: Laut Zahlen des Ministeriums für Heimatschutz ist die illegale Zuwanderung an der Grenze zu Mexiko auf den Stand der frühen 1970er Jahre zurückgegangen. Während im Haushaltsjahr 2000 noch 1,1 Mio. Personen beim Versuch der illegalen Einreise aufgegriffen wurden (vgl. MuB 8/02), betrug diese Zahl im Haushaltsjahr 2010/11 nur noch 330.000 Personen. Die Ursachen für diesen erheblichen Rückgang liegen vor allem in der Abnahme der Arbeitsmöglichkeiten infolge der Wirtschaftskrise sowie der seit September 2001 stetig verschärften Grenzkontrollpolitik (vgl. MuB 4/10, 9/05, 7/02).

Rolle der Hispano-Amerikaner: Unter den ethnischen Minderheiten sind Hispano-Amerikaner die weitaus größte Bevölkerungsgruppe (vgl. MuB 2/03). Sie spielen bei Wahlen eine zunehmend wichtige Rolle (vgl. MuB 6/04). Dies trifft vor allem auf die sogenannten Swing States zu, also jenen Bundesstaaten, in denen der Abstand zwischen Demokraten und Republikanern nur gering ist, so dass sie eine wahlentscheidende Bedeutung haben könnten. Zu diesen zählen gerade solche Bundesstaaten, die eine große hispano-amerikanische Bevölkerung aufweisen, darunter Colorado, Florida, Nevada und New Mexico. Einer Umfrage des Pew

Hispanic Center zufolge würden trotz aller Kritik weiterhin 68 % der wahlberechtigten Hispano-Amerikaner für Barack Obama stimmen und nur etwa 23 % für seinen möglichen republikanischen Herausforderer Mitt Romney. *sta*

www.pewhispanic.org

Bewerbungsaufwurf, Tagung, Ausstellung & Literatur

Bewerbungsaufwurf

Humanity in Action-Sommerprogramme

Zielgruppe: Studierende oder unlängst Graduierte, die Verantwortung für Menschenrechte und gesellschaftliche Vielfalt übernehmen wollen. Sehr gute Englischkenntnisse erforderlich.

Orte/Termine: Seminar „International Migration and its Consequences: A Human Rights Perspective“ in Berlin, 1. Juni - 1. Juli 2011 und/oder Seminar „Poland in Theory and Practice: From Resistance to Solidarity, from Transformation to Civic Society“ in Warschau, 25. Juni - 22. Juli 2012.

Veranstalter: Humanity in Action Deutschland e. V., Kollwitzstraße 94-96, 10435 Berlin

Kontakt: Antje Scheidler, Tel.: +49 (0)30 44308271, E-Mail: [germany\(at\)humanityinaction.org](mailto:germany(at)humanityinaction.org)

Bewerbungsschluss: 12. Februar 2012
www.humanityinaction.org/pages/95-call-for-applications

Ausstellung

ortsgespräche. stadt – migration – geschichte: vom halleschen zum frankfurter tor
Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg (Berlin)
29. Januar 2012 bis 31. Dezember 2013

Stadtgeschichte ist Migrationsgeschichte und die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte ist vielfältig. Die Ausstellung „ortsgespräche. stadt – migration – geschichte“ zeigt dies beispielhaft an der Geschichte von sechs zentralen Orten des Berliner Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg.

Veranstaltungsort: Kreuzberg Museum

Adalbertstraße 95A

10999 Berlin-Kreuzberg

Tel. 030 50585233

Öffnungszeiten: Mi bis So 12 – 18 Uhr

Eintritt frei

www.kreuzbergmuseum.de

Kurzmeldungen – Welt II

Indonesien: Flüchtlingsboot gesunken

Vor der Küste Indonesiens ist Mitte Dezember ein überladenes Flüchtlingsschiff bei einem Unwetter gesunken. Das Unglück ereignete sich bei einem Sturm vor Prigi in Ostjava. Auf dem Schiff befanden sich rund 250 Menschen, vor allem Afghanen, Iraner und Iraker. Die indonesischen Helfer retteten 33 Menschen, darunter eine Frau und zwei Kinder. Die Küstenwache war mit Helikoptern im Einsatz, um das Meer abzusuchen. Mehr als 200 Menschen sind offenbar ertrunken. Das Boot gehörte einem Schleuserring, der die Menschen illegal nach Australien bringen wollte. Es war nach Angaben indonesischer Medien nur für 100 Menschen zugelassen. Immer wieder kommt es zu solchen Unglücken, weil der Seeweg von Asien nach Australien oft von Unwettern heimgesucht wird und die Boote alt und überfüllt sind.

www.indonesia.go.id/en

Bahrain: Gewalt gegen Arbeitsmigranten

Im Zuge der seit Februar 2011 anhaltenden Proteste gegen die Führung des Königreichs Bahrain sind Arbeitsmigranten zahlreichen gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt. Dies geht aus einem Bericht hervor, den eine internationale Beobachterkommission (Bahrain Independent Commission Inquiry) im Dezember 2011 veröffentlichte. Die Übergriffe von Teilen der Bevölkerung richteten sich vor allem gegen Arbeitsmigranten aus Bangladesch, Indien, Pakistan sowie den Philippinen und haben dem Bericht zufolge teilweise pogromartige Ausmaße erreicht. Dabei seien bereits mehrere Tote und zahlreiche Verletzte zu beklagen. Hintergrund der Ausschreitungen ist laut Bericht die fremdenfeindliche Einstellung eines Großteils der bahrainischen Bevölkerung und das Klima der Gewalt im Zuge der politischen Proteste. In Bahrain leben etwa 498.000 Arbeitsmigranten aus Süd- und Südostasien, dies entspricht etwa 40 % der Gesamtbevölkerung des Golfstaates.

www.bahrainrights.org

www.bici.org.bh

USA: Höhere Zinsen für Minderheiten

Eines der größten Geldinstitute der Vereinigten Staaten, die Bank of America, muss wegen diskriminierender Praktiken einer Tochterfirma Schadensersatz in Höhe von 335 Mio. US-Dollar zahlen. Nach jahrelangen Ermittlungen ist das US-Justizministerium zu dem Ergebnis gekommen, dass der 2008 von der Bank of America übernommene Hypothekenanbieter Countrywide Afro- und Hispano-Amerikaner im Vergleich zu „weißen“ Amerikanern systematisch diskriminiert haben soll. Im Zeitraum von 2004 bis 2007 soll Countrywide Kredite an mehr als 200.000 Hauskäufer zu wesentlich schlechteren Bedingungen und höheren Zinsen als üblich vergeben haben. Die Betroffenen sollen nun entschädigt werden.

www.justice.gov

Literatur

Ham, Murat; Kubanek, Angelika (Hg.): **Fremde Heimat Deutschland – Leben zwischen Ankommen und Abschied. Migrantinnen erzählen über deutsche Erfahrungen.** Mit einem Grußwort von Klaus Wowereit. Ibidem-Verlag, Stuttgart, 2011. 19,90 EUR, ISBN 978-3-89821-507-7

El Masrar, Sineb: **Muslim Girls: Wer wir sind, wie wir leben.** 9.12.2011, Bonn, Bestellung ist über die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) möglich:

www.bpb.de/shop

Bereitstellungspauschale: 4,50 EUR, Bestellnr. 1187
Ist sie schon zwangsverheiratet? Trägt sie ihr Kopftuch freiwillig? Dies sind Fragen, die vielen durch den Kopf gehen, wenn sie muslimischen Frauen und Mädchen – in der Sprache der Autorin eben Muslim Girls – begegnen. Anstatt mit diesen zu reden, redet man über sie. Sineb El Masrar, selbst Tochter marokkanischer Einwanderer, möchte mit den Vorurteilen über den islamischen Glauben und die Lebensbereiche der Muslim Girls aufräumen und spricht dabei ohne falsche Rücksichtnahme über deutsch-türkische Integrationsprobleme in Geschichte, Politik und Alltag. Religiöse Reizthemen des Islam spart sie nicht aus, macht aber deutlich, dass alle Religionen missverstanden oder missbraucht werden können. Es geht Sineb El Masrar nicht darum, eine endgültige Aussage über den islamischen Glauben zu treffen. Sie bringt uns mit ihrer lebendigen, witzigen und lebensnahen Kulturkunde vielmehr dazu, Vorurteile über Musliminnen kritischer zu reflektieren und interkulturell offener zu denken.

Informationen zur politischen Bildung (Heft 282): **Bevölkerungsentwicklung.** November 2011, Bonn.

Von sieben Milliarden 2011 wird die Erdbevölkerung bis zum Jahrhundertende auf zehn Milliarden ansteigen. In den Industrieländern dagegen schrumpft und altert die Bevölkerung. Beide Entwicklungen stellen jeweils spezifische

Herausforderungen. Während das Bevölkerungswachstum Fragen nach der Verfügbarkeit überlebenswichtiger Ressourcen aufwirft, stellt der Bevölkerungsrückgang Herausforderungen für die soziale Sicherung, für Wirtschaft und Arbeitsmarkt dar. Download unter:

www.bpb.de/files/AM265J.pdf

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Menschenrechte.** 2011, Bonn.

Auf der Flucht vor Zwangsheirat, hinter Gittern wegen der „falschen“ Meinung, in der Textilfabrik von Kindesbeinen an: Menschenrechte sind auch im 21. Jahrhundert kein selbstverständliches Gut. Sie sind in vielen Ländern zwar Teil der politischen Kultur und moralisches Postulat. Sie werden aber weiterhin auch missachtet – von Einzelnen, von Gruppen und Staaten. Mehr als 60 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind sie weit davon entfernt, weltweite Akzeptanz zu besitzen. Dabei stehen sie in gleicher Weise allen Menschen zu – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Alter. Download unter:

www.bpb.de/themen/E62BDH,0,Menschenrechte.html

Veranstaltung

Tagung:

Deutsche(r) werden – Deutsche(r) bleiben?

Erkenntnisse, Erklärungsansätze und Praxiserfahrungen zur Einbürgerung und zur Optionsregelung in Deutschland

Veranstalter und Ort: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg

Termin: 02.07.2012 bis 03.07.2012

Kontakt: +49 (0)911 943-4430

E-Mail: [Christian.BabkavonGostomski\(at\)bamf.bund.de](mailto:Christian.BabkavonGostomski(at)bamf.bund.de)

Kurzinhalt: Die Veranstaltung soll dienen, Studien und Erkenntnisse zu Einbürgerungsabsichten, zum Einbürgerungsverhalten und zu Wahrnehmungen der Optionsregelung durch die Betroffenen vorzustellen. Unter anderen sollen zwei Studien der BAMF-Forschungsgruppe zum Themenbereich präsentiert werden.

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, E-Mail: mub@migration-info.de; ISSN: 1435-7194

Redaktion: Marcus Engler (verantw.), Stefan Alscher, Thomas Hummitzsch, Ulrike Pape, Fatma Rebeggiani, Antje Scheidler, Jan Schneider, Sybil Volks, Christoph Wöhrle

Redaktionsschluss: 27.01.2012 **Bestellung:** www.migration-info.de/mub_abo.php

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.